

Hauptwache in Frankfurt soll attraktiver werden – Leitplanken zur Zukunft gesucht

Die Hauptwache in Frankfurt soll attraktiver werden. Zunächst beginnt eine Bürgerbeteiligung. Vorgaben macht die Stadt dabei so gut wie keine. Das stößt auch auf Kritik.

Frankfurt – Knapp ein Jahr ist es her, dass Veronica Fabricius im Frankfurter Stadtparlament sehr ins Schimpfen geriet. Die Innenstadt sei eine Betonwüste, heruntergekommen, ja regelrecht „abgeranzt“, sagte die CDU-Stadtverordnete in einer Debatte. Und rief Richtung Magistrat: „Bauen Sie die Hauptwache endlich um!“.

Dass der zentrale Platz in Sachen Attraktivität viel Luft nach oben hat, bestreitet kaum jemand. An keiner anderen Stelle der Innenstadt sind so viele Menschen unterwegs. Optik und Zustand des Platzes mit dem riesigen Treppenabgang zu einer Zwischenebene der U- und S-Bahn-Station schrecken viele aber regelrecht ab. Seit der Sperrung der Hauptwache für den Autoverkehr ist nicht viel geschehen. Selbst die schon vor drei Jahren versprochenen schattenspendenden Elemente und neuen Sitzgelegenheiten sind noch nicht hinzugekommen.

Stadtrat Gwechenberger sieht „Riesenpotenzial“ für Hauptwache

„Die Hauptwache ist ein Platz, wo man sich trifft und dann schnell weggeht“, sagt der Frankfurter Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) am Freitag. „Ich würde mir wünschen, dass sich das ändert.“ Der Platz habe ein „Riesenpotenzial“.

Die Stadt unternimmt dieser Tage mit einer großangelegten Bürgerbeteiligung einen neuen Anlauf zur Neugestaltung der Hauptwache. Klar ist, dass die jahrelang diskutierte Deckelung des „Lochs“ aus Kostengründen und baulichen Gründen vom Tisch ist. Klar ist auch, dass eine große Lösung für den Platz wegen anstehender riesiger Arbeiten in den Stationen im Untergrund wohl erst in zehn oder mehr Jahren kommen kann.

Stadt nimmt sich für Planung der Neugestaltung viel Zeit

Vielleicht auch deshalb nimmt sich die Stadt für ihren Planungsprozess viel Zeit. Ein Jahr lang sollen nun zunächst die Bedeutung und der Charakter der Hauptwache aus der Perspektive der Bürgerschaft erkundet und sichtbar gemacht werden. Am Freitag etwa hatten Frankfurterinnen und Frankfurter bei einem Workshop die Chance, ihre Erfahrungen mit dem zentralen Platz künstlerisch umsetzen zu lassen. Die Stadt ermuntert zudem, sich in einer Onlineumfrage zur Zukunft des Platzes zu äußern. 500 Menschen hatten sich bis Freitagmittag daran beteiligt. Äußern können sich Bürger:innen zudem an Dialogständen.

Wie sich die Hauptwache entwickeln sollte, gibt die Stadt bewusst nicht vor. „Wir wollen zunächst die Interessen herausarbeiten, um dann ein gemeinsam getragenes Konzept umsetzen zu können“, sagt Gwechenberger am Freitagmittag in einer Talkrunde zu Beginn des Workshops. „Wir brauchen ein Gesamtbild, wo wir hinwollen.“ Jetzt schon, Jahre vor Beginn eines womöglich großen Umbaus, sehr detailliert eine künftige Platzgestaltung zu planen, wäre unsinnig, sagt der Dezernent. Sinnvoll sei es aber „Leitplanken“ festzulegen. Vorstellungen, in welche Richtung sich die Hauptwache entwickeln sollte, hat Gwechenberger natürlich schon. Die sei ein großstädtischer Platz mit einer gewissen „Rauigkeit“. Damit müsse man arbeiten, statt dieses Charakteristikum zu überdecken, sagt er etwa. Deutlich gemacht hat der Sozialdemokrat zudem immer wieder, dass die Hauptwache ein Ort der Jugendkultur bleiben soll.

CDU-Stadtverordneter kritisiert, wie die Stadt die Bürger einbindet

Große Veränderungen wird es erst in Jahren geben. Gwechenberger stellt aber in Aussicht, dass es im kommenden Sommer etwa die seit langem versprochenen Schattenspenden geben könnte. Der Platz könne zudem nach und nach Abschnitt für Abschnitt repariert und gestaltet werden, so dass es rascher zu Verbesserungen komme, sagt er.

Frank Nagel findet das Vorgehen der Stadt völlig falsch. Bürgerinnen und Bürger an Planungen zu beteiligen, sei ohne Frage sinnvoll. Hier habe er aber den Eindruck, dass sich die Stadtregierung vor einer Entscheidung drücke, sagt der CDU-Stadtverordnete am Rande der Veranstaltung. Sie sammle Ideen, ohne Rahmenbedingungen vorgegeben zu haben. „Die Stadt muss selbst wissen, wo sie hinwill“, sagt der Verkehrs- und Planungspolitiker.